

Berlin hat gewählt und diese Wahl ist für queere Personen und die Regenbogenhauptstadt vielleicht eine gute Wahl gewesen.

Eine Partei (die Grünen) hat sogar wortwörtlich in Ihr Wahlprogramm geschrieben ...

"Darüber hinaus wollen wir Bi+-Personen und ihre Strukturen gezielt unterstützen und werden dafür den Maßnahmenplan „Bi+“ entwickeln."

Egal wie die Koalitionsverhandlungen laufen, dieses Statement werden wir verfolgen und schauen, ob es auch wieder im Koalitionsvertrag steht, wie schon bei den letzten beiden Koalitionsverträgen.

Wir schauen uns das genau an, aber nicht, weil wir mit weit über 50% den größten, aber gleichzeitig auch unsichtbarsten Teil der queeren Community darstellen und wir deshalb auf einer Extraerwähnung bestehen.

In Umfragen in den Ländern, die wir unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zurechnen wird, immer wieder festgestellt, dass ca. 20% der Bevölkerung für sich die Möglichkeit in Betracht ziehen, mehrgeschlechtlich begehren zu können.

Diese Auskunft ergeht unabhängig davon, ob die Personen sich als queer verorten oder gar einschlägige Erfahrungen aufweisen, es geht einfach nur um die Aussage „ja, könnte schon passieren“.

Das ist ein Riesending und hat eine politische Dimension, für die ich noch nie eine soziologische Analyse gesehen habe, heißt es doch nichts anderes, als dass 20% das heteronormative Weltbild durchbrechen.

Dieses Ergebnis deckt sich argumentativ mit der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Nullkommanull Probleme mit queeren Belangen hat. Die Ehe für alle wurde jahrelang verhindert, obwohl eine satte Mehrheit diese befürwortete.

Andere Erhebungen zeigen, dass sich seit der sog. Boomer-Generation, die Zahl der Personen, die sich in Umfragen als „nicht straight“ bezeichnet haben in jeder Generation verdoppelten. Im Moment haben wir die Gen Z (1995-2010) in der diese Auskunft von ca. 20-22% der Befragten abgegeben wird.

Nun ist es natürlich nicht so, dass die Generationen „verschwulen“, wie es weniger berufene Personen ausdrücken würden. Die zunehmende Anzahl basiert höchstwahrscheinlich darauf, dass wir:

1. Heute in der Lage sind diese Auskunft ohne große Nachteile geben zu können (§ 275 bis 1994)
2. Wir heute die Worte besitzen, um uns zu beschreiben

Es ist wahrscheinlich, dass die Anzahl derer, die gegen- bzw. mehrgeschlechtlich begehren immer gleich ist, wir es aber heute benennen können und vor allem auch dürfen.

Beides sind Errungenschaften, die wir nur in unserer freiheitlichen-demokratischen Grundordnung erringen konnten.

Heute ist der Tag der Bi+ Sichtbarkeit und diesen begehen zu können, ist ebenfalls eine demokratische Errungenschaft. Und ich kann nur an alle Parteien im demokratischen Spektrum appellieren, jetzt endlich zusammenzuarbeiten, um Demokratie und Vielfalt zu gewährleisten.